Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9003**

21. Wahlperiode 06.11.2026

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Fabian Fahl, Luigi Pantisano, Marcel Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
– Drucksache 21/5891 –

Klimapolitik an den Belastungsgrenzen unseres Planeten ausrichten

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller richtet sich die bisherige Klimapolitik nicht ausreichend an den planetaren Belastungsgrenzen aus. Bereits sieben der neun planetaren Grenzen seien überschritten. Zwischen den internationalen Klimaschutzzielen und deren tatsächlicher Umsetzung bestehe weiterhin eine erhebliche Lücke. Ohne zusätzliche Maßnahmen drohten irreversible Schäden an den Ökosystemen sowie weitreichende ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen. Die Antragsteller sehen daher die Notwendigkeit, den Klimaschutz deutlich zu verstärken und dabei soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2026

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Lorenz Gösta Beutin
Vorsitzender

Anna Aeikens
Berichterstatterin

Karsten Hilse
Berichterstatter

Jakob Blankenburg
Berichterstatter

Lisa Badum
Berichterstatterin

Dr. Fabian Fahl
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Anna Aeikens, Karsten Hilse, Jakob Blankenburg, Lisa Badum und Dr. Fabian Fahl

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/5891** wurde in der 83. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Juni 2026 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, den Ausschuss für Gesundheit, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen und erforderlichenfalls Gesetzentwürfe vorzulegen, um die Klimaziele auch nach 2030 zu erreichen. Hierzu werden unter anderem die Einführung eines 9-Euro-Tickets, ein allgemeines Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, der Ausbau erneuerbarer Energien, die Überführung der Stromübertragungsnetze in öffentliches Eigentum sowie Maßnahmen zur sozialverträglichen Wärmewende und zur Transformation der Industrie gefordert. Darüber hinaus sollen ein Klimageld eingeführt, die Klimaanpassung gestärkt und künftige Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit den planetaren Grenzen geprüft werden. Auf internationaler Ebene werden unter anderem eine stärkere Klimafinanzierung, die Anerkennung von Klimaveränderungen als Asylgrund und die Aufnahme des Ökozids als Straftatbestand in das Römische Statut angestrebt. Zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen sollen zudem eine Finanztransaktionssteuer und eine Digitalsteuer eingeführt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtiger Ausschuss** hat in seiner 33. Sitzung am 4. November 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 48. Sitzung am 4. November 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 58. Sitzung am 4. November 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 49. Sitzung am 4. November 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 57. Sitzung am 4. November 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** hat in seiner 36. Sitzung am 4. November 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 61. Sitzung am 4. November 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 41. Sitzung am 4. November 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 32. Sitzung am 4. November 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 33. Sitzung am 4. November 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat den Antrag auf Drucksache 21/5891 in seiner 47. Sitzung am 4. November 2026 abschließend behandelt.

Die **Fraktion Die Linke** verwies auf die Bedeutung der planetaren Grenzen und kritisierte, dass die Bundesregierung Klimaschutzmaßnahmen verlangsame, fossile Energien ausbaue und die Dekarbonisierung des Verkehrs sowie die Wärmewende nicht ausreichend vorantreibe. Sie betonte, dass unbegrenztes Wirtschaftswachstum auf einem begrenzten Planeten nicht dauerhaft möglich sei und die Politik daher rasch handeln müsse. Als zentrale Forderungen nannte sie unter anderem die Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets, Tempolimits, den Ausbau erneuerbarer Energien, eine kommunale Wärmewende, Sofortprogramme für die Automobil- und Stahlindustrie sowie die Auszahlung der CO_2-Preiseinnahmen als Klimageld. Darüber hinaus forderte sie ein kostenloses Mittagessen in Schulen und Kitas, einen stärkeren Katastrophenschutz, eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen für Klimaanpassungsmaßnahmen sowie die Berücksichtigung der planetaren Grenzen bei allen Gesetzesvorhaben. Weitere Anliegen seien die strafrechtliche Erfassung von Ökozid, die Auseinandersetzung mit Klimamigration und die Übernahme eines gerechten deutschen Anteils an der globalen Klimafinanzierung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass der Umgang mit dem Klimawandel auch für sie und die Bundesregierung ein wichtiges Thema sei und auf nationaler, europäischer und globaler Ebene kontinuierlich an verschiedenen Maßnahmen gearbeitet werde. Die im Antrag enthaltenen Vorschläge müssten aber hinsichtlich ihrer Finanzierung und Wirksamkeit geprüft werden. Kritisch sehe die Fraktion der CDU/CSU insbesondere die Ablehnung von Technologien wie CCS. Vielmehr müssten technologieoffen alle Maßnahmen und Möglichkeiten geprüft und genutzt werden, um ganzheitliche Lösungen zu entwickeln. Dazu gehörten sowohl Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes als auch Beiträge zur globalen Klimafinanzierung. Abschließend kündigte die Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags an.

Die **Fraktion der AfD** stellte die im Antrag getroffenen Annahmen zur Belastungsgrenze durch den Klimawandel infrage. Sie verwies auf frühere Warmzeiten, in denen die Temperaturen ähnlich hoch oder höher als heute gewesen seien und sich Natur, Tiere und Menschen hätten anpassen können. Auch in der Vergangenheit hätten sich Menschen an Klimaschwankungen angepasst. Zudem kritisierte die Fraktion der AfD den geforderten Ausbau erneuerbarer Energien und verwies auf deren aus ihrer Sicht unzureichende Stromerzeugung sowie die Abhängigkeit von konventionellen Kraftwerken und Stromimporten. Schließlich sprach sie sich für eine stärkere Nutzung der Kernenergie aus, da diese bei der Stromproduktion kein CO_2 ausstoße.

Die **Fraktion der SPD** warf der Fraktion der AfD vor, wissenschaftliche Erkenntnisse zum menschengemachten Klimawandel systematisch infrage zu stellen und Zweifel an der Klimaforschung zu säen. Sie verwies auf den jüngsten Bericht des UN-Umweltprogramms, dem zufolge eine Erderwärmung von rund 2,8 Grad drohe, und betonte, dass die globale Erwärmung langfristig wieder auf unter 1,5 Grad gesenkt werden müsse. Gegenüber der Linksfraktion begrüßte sie die grundsätzliche Zielsetzung des Antrags, betonte jedoch die Bedeutung von drei

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bausteinen: der konsequenten und sozial gerechten Emissionsminderung, der Stärkung natürlicher Kohlenstoffspeicher und langfristig dem Einsatz technischer Lösungen zur CO_2-Entnahme. Sie kritisierte, dass der Antrag lediglich einen unsystematischen Katalog einzelner Maßnahmen enthalte, und signalisierte die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwies auf die Überschreitung von sieben der neun planetaren Grenzen und betonte, dass wirtschaftliches Handeln die ökologischen Lebensgrundlagen berücksichtigen müsse. Sie kritisierte den weiteren Ausbau fossiler Infrastruktur, insbesondere von LNG-Terminals mit öffentlichen Mitteln, sowie die aus ihrer Sicht unzureichenden Maßnahmen der Bundesregierung beim Katastrophenschutz und bei der Waldbrandbekämpfung. In vielen Punkten teile die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Analyse und Stoßrichtung des Antrags, wertete jedoch bei einzelnen Vorschlägen, insbesondere bei der Digitalsteuer, abweichende Positionen. Eine Digitalsteuer solle gezielt große Digitalkonzerne wie Meta und Google erfassen, während eine Umsatzgrenze von 250 Millionen Euro auch kleinere Start-ups betreffen könne. Aufgrund dieser unterschiedlichen Einschätzungen kündigte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung bei der Abstimmung an.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 21/5891 abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2026

Anna Aeikens
Berichterstatterin

Karsten Hilse
Berichterstatter

Jakob Blankenburg
Berichterstatter

Lisa Badum
Berichterstatterin

Dr. Fabian Fahl
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.